

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 9/46. Jg.

3. März 1933

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. aussch. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Postzeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1 — RM.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort: Scheuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Das „Trümmerfeld“ der Wirtschaft in Dichtung und Wahrheit

Von Fritz Tarnow.

Daß die „marxistischen Novemberparteien“ 14 Jahre lang ununterbrochen und erfolgreich daran gearbeitet hätten, die deutsche Wirtschaft in einen „Trümmerhaufen“ zu verwandeln, diese Behauptung ist das Kernstück aller Regierungserklärungen, aller Kanzler- und Ministerreden, die wir in dieser Zeit vorgesetzt bekommen. Von diesen 14 Jahren sind zwar rund 9 Jahre auf das Konto rein bürgerlicher Regierungen zu setzen. Und die deutschnationalen Minister des Herrn Hugenberg haben nicht viel weniger Anteil an den 14 Jahren als die sozialdemokratischen. Das ist genugsam bekannt, aber wie sieht es denn nun eigentlich mit dem angeblichen „Trümmerhaufen“ aus, der in der Nachkriegszeit in der Volkswirtschaft zusammenge- regert worden sein soll?

Die Mitglieder auch der Hitler-Regierung befinden sich durchweg in einem Alter, das ihnen gestatten würde, die eigenen Erinnerungen darüber zu befragen, wie es vor 14 Jahren in Deutschland aussah. Wenn sie es täten, müßte ihnen eine Ahnung darüber aufgehen, nicht nur wie eine „Volkswirtschaft in Trümmern“ aussieht, sondern auch, welche gigantische Aufbauarbeit in einem Jahrzehnt geleistet worden ist. Wie aus dem Scherbenhaufen, den der Krieg hinterlassen hatte, in kurzer Zeit wieder eine lebensfähige Wirtschaft wurde, weit leistungsfähiger als vor dem Kriege, das ist als nie zuvor erlebtes Wirtschaftswunder in der ganzen Welt bestaunt worden.

Wenn aber das eigene Erinnerungsvermögen versagen sollte, so sollten es auch die gegenwärtigen Machthaber nicht verschmähen, die üblichen Werkzeuge der Erkenntnisgewinnung zu ihrer Information mit heranzuziehen. Wir empfehlen ihnen dafür zum Beispiel das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“. Die „traurige und aride Wissenschaft der Zahlen“, wie Lassalle das einmal genannt hat, paßt zwar schlecht zu dem Schwunge und dem Inhalt der Regierungsproklamationen, aber sie nimmt doch die Tatsachen aus dem Nebel der Dichtung heraus und stellt sie unter das Licht der Wahrheit.

Die Leistungen der modernen Gesamtwirtschaft spiegeln sich am besten wider im Verbrauch von Kohle und Eisen. Gleich nach dem Kriege setzten die Anstrengungen ein, um diese beiden Wirtschaftszweige wieder flott zu machen. In der Steinkohlenförderung schloß das Jahr 1919 nur erst mit 88,3 Millionen Tonnen ab gegen 140,7 im Jahre 1915, unter Berücksichtigung der heutigen Reichsgrenzen. Zehn Jahre später war die Leistung nahezu verdoppelt und lag bereits um 16,5 Prozent höher als vor dem Kriege. An Braunkohlen wurden 1929 sogar doppelt so viel gefördert als im Jahre 1913!

Die Gewinnung von Eisenerzen war 1919 auf zwei Drittel der Ziffer von 1913 zusammengeschrumpft. Bis 1929 wurde dieser Verlust nicht nur vollständig aufgeholt, sondern die Vorkriegsziffer bereits überschritten. Die Eisenerzeugung in den Hochöfen war 1919 nicht einmal halb so groß als sie 1913 gewesen war. Im Jahre 1929 dagegen war der Vorkriegsstand um mehr als 20 Prozent überschritten. In ungefähr den gleichen Relationen haben sich die Produktionsleistungen auch der Walzwerke entwickelt.

Sehr schlimm sah es in der Nachkriegszeit auch in der Landwirtschaft aus. Auf allen Gebieten der Agrarerzeugung standen die Erträge in erheblicher hinter denen der Vorkriegszeit zurück. Gegenüber dem Durchschnitt der letzten drei Vorkriegsjahre — immer im heutigen Reichsgebiet berechnet — war im Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1923 der Ernteertrag in Roggen um 35 Prozent, in Weizen um 32 Prozent niedriger. Statt 18,5 Millionen Stück Rindvieh im Jahre 1913 waren 1922 nur 16,5 Millionen vorhanden. Die Zahl der Schweine war sogar von 22,5 auf 14,5 Millionen zurückgegangen, das Federvieh von 71,9 auf 65,2 Millionen Stück.

Ende 1931 dagegen war der Rindviehbestand um fast 1 Million, der Schweinebestand um 1,3 Millionen, der Bestand an Federvieh um 22,5 Millionen größer als 1913. Die durchschnittliche Weizenernte in den letzten Jahren entspricht un-

zu nennen: von 1925 bis 1929 stieg der Güterverkehr der Reichsbahn von 408,7 auf 485,9 Millionen Tonnen. Die gesamten volkswirtschaftlichen Umsätze gingen in derselben Zeit von 132 auf 217 Milliarden Reichsmark hinauf. Die Ausfuhr stieg von 8,9 auf 13,5 Milliarden Reichsmark und das Außenhandelsdefizit von fast 3 Milliarden RM. im Jahre 1925 wurde bis 1931 in einen ebenso großen Überschub verwandelt.

So sieht die Wahrheit aus. Zertrümmerung der Wirtschaft? Ja, durch den wahnsinnigen Krieg, der von denselben Kreisen entfesselt wurde, die sich heute wieder obenauf fühlen. Und dann gab es noch einmal eine wirkliche Zertrümmerungsperiode, die Zeit nämlich vom Herbst 1922 bis zum Herbst 1923, in der das Kabinett Cuno als ein Vorläufer der nationalen Regierungen von heute amtierte, die Zeit, in der die Währung vernichtet wurde und schließlich fast die ganze Wirtschaftsmaschinerie zum Stehen kam.

Nach diesem katastrophalen „nationalen“ Jahr gingen die „Marxisten“ wieder in die Regierung. Ein sozialdemokratischer Finanzminister erzwang das Ende der Inflation und den Wiederaufbau einer festen Währung. Und dann vollzog sich der glänzende Aufstieg der deutschen Wirtschaft, von dem die mitgeteilten statistischen Tatsachen zeugen.

Wenn dann mit dem Jahre 1930 der Aufstieg unterbrochen wurde und in einem jähen Absturz umschlug, so hätten es nach der Nazilogik die „Marxisten“ außerordentlich leicht, darauf zu verweisen, daß just um diese Zeit die Sozialdemokraten aus der Regierung herausgedrängt wurden. Aber das wäre unehrlich. Jedes Kind weiß nachgerade, daß die furchtbare ökonomische Krise eine Weltangelegenheit ist, mit der keine Regierung in irgendeinem Lande fertig geworden ist. Der Mechanismus des kapitalistischen Systems ist nicht nur funktionsschwach geworden, er ist zerbrochen. Die Wirtschaft selbst, weit davon entfernt, ein „Trümmerhaufen“ zu sein, ist aufs Glänzendste und Uppigste ausgestattet mit allem, was zur ausreichenden Versorgung der gesamten Bevölkerung gehört. Alle Versuche aber, diesen Reichtum zu mobilisieren, scheitern am kapitalistischen System. Die Zeit ist reif geworden für den Sozialismus der Tat.

Die Machthaber von heute berauschen sich einseitig an politischen Diktaturspielen. Hinter den Rausch aber hat das Sektorsal den Katzenjammer gesetzt. „Eines Tages werden die verfügbaren Stellen besetzt, die Umzüge verarsucht, der Siegesjubel verklungen sein. Die Lohnläute aber wird den nämlichen mageren Inhalt haben wie bisher, die Unterstützungssätze werden keineswegs höher sein, die Armee der Arbeitslosen kann sich nur ganz allmählich vermindern . . .“ So schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die man ja wohl als offizielles Blatt der gegenwärtigen Regierung bezeichnen kann. Sie schrieb es zwei Wochen nach dem Amtsantritt dieser Regierung und hat die Probleme, vor die diese gestellt ist, zweifellos ebenso nüchtern wie treffend charakterisiert.

Die ökonomische Situation drängt ungestüm zum Sozialismus. Die Regierung Hitler-Hugenberg, die letzte Reserve der kapitalistischen Verteidigungsarmee, muß und wird scheitern in dem Versuch, mit kapitalistischen Methoden die Wirtschaft wieder zur Funktion zu bringen. Daß andere Methoden nicht beabsichtigt sind, beweist am besten die Ernennung Hugenbergs zum Generalbevollmächtigten der gesamten Wirtschaftspolitik des Kabinetts. Daß diese Regierung an der Wirtschaftspolitik und damit der Unfähigkeit, die sozialen Probleme lösen zu können, scheitern wird, das wird sich bald erweisen.

In der Zuversicht und dem Bewußtsein, daß eine Erbschaft auf sie wartet, geht die sozialistische Arbeiterschaft am 5. März zur Wahlurne und wählt die Liste 2!

APPELL an den Wähler!

*Kein Wähler darf zu Hause bleiben,
Zur Urne muß ein jeder gehn,
Weil in des Schicksals wirrem Treiben
Die Rechte auf dem Spiele stehn,
Vom Volk so opferschwer errungen
Im Kampfe mit der alten Zeit,
Die wiederum, noch unbezungen,
Die neue Zeit mit Haß bespeit.*

*Jetzt hat der Wähler zu entscheiden,
Jetzt sitzt er wieder zu Gericht.
Viel Unkultur läßt sich vermeiden,
Wenn bei der Wahl die Logik spricht.
Drum lasse sich kein Wähler blenden
Vom Schlagwort der Reaktion.
Sie wird an ihrem Haß verenden,
Stürzt sie der Wähler erst vom Thron.*

*Wer wählen darf, der ist verpflichtet
Dies Recht zu krönen mit der Tat.
Wer es nicht ausübt, der verzichtet
Auf die Gerechtigkeit im Staat.
Dann darf er nimmer sich beklagen,
Wenn er als Bürger rechtlos wird,
Wenn ihn mit Schlägen auf den Magen
Die Willkür vor das Unrecht schirmt.*

*Willst du als freier Bürger gelten,
Dann geh zur Wahl und zaudre nicht.
Dem Arbeitsmann, dem Angestellten
Und dem Beamten sei sie Pflicht.
Das Volk kann nie die Stimme missen
Die es als höchstes Recht dir lieh
Für Freiheit, Frieden, Fortschritt, Wissen
und Ausbau der Demokratie!*

Victor Kalinowski.

Die Lösung sei: Wählt Liste 2

gefähr wieder der der Vorkriegszeit. Wenn die Erzeugung von Roggen dahinter noch um etwas zurücksteht, so nur deshalb, weil die Ernte in der alten Höhe überhaupt nicht mehr absetzbar wäre.

Um noch einige andere Daten aus der Zeit, in der „die deutsche Wirtschaft zertrümmert“ wurde,

Disharmonien im Arbeitsrecht und im Gewerkschaftsrecht

In seinem Buche Dersch-Kaskel: „Arbeitsrecht“ schreibt Universitätsprofessor Dersch auf Seite 41/42: „Tarifvertragsrecht, Berufsverbandsrecht und Schlichtungswesen sind die drei Grundpfeiler des kollektiven Arbeitsrechts. Sie tragen mit gleicher Stärke dieses Gebäude. Die Berufsverbände sind die Träger des kollektiven Arbeitsrechts. Ihre materiell-rechtliche kollektive Ausdrucksform ist der Tarifvertrag. Ihr verfassungsrechtliches Instrument im Dienste des Tarifvertrages ist das Schlichtungswesen mit der Verbindlichkeitserklärung. So besteht zwischen diesen dreien ein enger Zusammenhang: ohne Berufsverband kein Tarifvertrag, aber auch ohne Schlichtungsverfahren und Zwangsschiedspruch keine vollkommene Auswirkungsmöglichkeit des Tarifvertragsgedankens. In diesem Dreiklang erst entsteht der volle Akkord des kollektiven Arbeitsrechts. Das Fehlen auch nur eines würde zur Auflösung des modernen kollektiven Arbeitsrechts in vollständige Disharmonie führen.“

Es ist schwer anzunehmen, daß Universitätsprofessor Dersch beim Niederschreiben dieser glänzenden Begriffsbestimmung eine Ahnung hatte, wie bald im kollektiven Arbeitsrecht eine solche Disharmonie eintreten würde. Jetzt haben wir sie.

Durch die Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932 mit Ausführungsverordnungen der Reichsregierung Papen war das Tarifvertragsrecht tatsächlich beseitigt worden. Die Tariflöhne boten den Arbeitern hiernach keine Garantie mehr für Mindestarbeitsbedingungen. Die im Artikel 165 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung der Arbeiterklasse verheißene Gleichberechtigung war damit beseitigt. Nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch eine Reihe von Wissenschaftlern (die Universitätsprofessoren Sinzheimer (Frankfurt a. M.), Lassar (Hamburg), Joerges (Halle) usw.) hielten diese Maßnahmen der Reichsregierung Papen für verfassungswidrig. Der durch die Beseitigung der Tarifvertragsgrundlage entstandene „Rechts“-zustand war auch für die Arbeitgeber keine reine Freude. (Siehe hierüber die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene Broschüre: „Die letzte Chance des Kapitalismus“ mit den Ausführungen von Leipart, Tarnow, Nörpel, Aufhäuser.)

Inzwischen ist als Erfolg des Abwehrkampfes der Gewerkschaften vorläufig das Tarifrecht wieder hergestellt worden, allerdings nur für die Arbeiter in privaten Betrieben, die Arbeiter in allen öffentlichen Betrieben stehen nach wie vor unter Ausnahmerecht. Auf Verlangen des Reichstags hat die Reichsregierung die Tariflohnminderungsverordnung wieder aufgehoben.

Das Berufsvereinsrecht kann seine Aufgabe, die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse gegenüber dem Arbeitgeber zu sichern, nur durch Schutz der wirklichen Gewerkschaften tatsächlich erfüllen. Wirkliche Gewerkschaften sind nur solche, die ausschließlich aus Arbeitern eines Berufs oder eines Industriezweiges bzw. mehreren Berufen oder Industriezweigen bestehen, die auf die Dauer angelegt und von dem Wechsel der Mitglieder unabhängig sind, die materiell und ideell vollkommen selbständig und unabhängig sind, insbesondere die zur Erreichung ihrer Zwecke nötigen Mittel aus Beiträgen der Mitglieder ausschließlich aufbringen und keine Unterstützungen von Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden annehmen, die nur von Arbeitern geleitet werden und Beiträge in einer solchen Höhe erheben, die ausreichend ist, um die Interessen ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung wirksam zu vertreten sowie zur Erreichung dieses Zweckes in ihrer Satzung anerkennen, daß sie auch den Streik als Kampfmittel anwenden wollen, wenn alle anderen Mittel zu keinem annehmbaren Ergebnis führen und die schließlich auf Grund der Satzung bei Streik, Aussperrung und Maßregelung ihren Mitgliedern eine Unterstützung gewähren.

Hiernach sind keine Gewerkschaften die sogenannten gelben Werkvereine, weil sie weder betrieblich noch tatsächlich unabhängig von der Arbeitgeberseite sind. Trotzdem hat das Reichsarbeitsgericht in den Entscheidungen RAG. 144/28, 370/28 und 166/32 diese sogenannten gelben Werkvereine als tariffähig anerkannt. Es soll nach dem Reichsarbeitsgericht genügen, daß äußerlich eine Unabhängigkeit gegenüber dem Arbeitgeber vorhanden ist. Die wirtschaftsfriedliche Gesinnung und die Vermögenslosigkeit solcher Werkvereine soll kein Hindernis für ihre Anerkennung als wirtschaftliche Vereinigung sein. Es ist nicht besonders nötig, einem Gewerkschafter klar zu machen, daß nur große starke Gewerkschaften in der Lage sind, die Belange der Arbeiterklasse wirksam zu vertreten und daß Werkvereine, seien sie auch noch so unabhängig, nur eine Zersplitterung der Macht der Arbeiterklasse darstellen. Erfreulicherweise halten sich die Verwaltungsbehörden (Reichsarbeitsministerium, Sozialministerien der Länder, Schlichtungsinstanzen usw.) der falschen Auffassung des Reichsarbeitsgerichts bisher nicht angeschlossen. Im November 1932 jedoch hat der damalige Reichsarbeitsminister Schäffer, der früher selbst die Ansicht vertrat, daß wirtschaftsfried-

liche Verbände nicht tariffähig seien, die Länder angewiesen, sich der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts anzuschließen, also die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine als echte wirtschaftliche Vereinigungen anzuerkennen. Damit ist das deutsche Berufsvereinsrecht untergraben. Die Gewerkschaften müssen es erst wieder schaffen. Die gegenwärtige Reichsregierung und der nunmehrige Reichsarbeitsminister werden beweisen müssen, ob sie in den Fußtapfen ihrer Vorgänger weiter wandeln oder ob sie den Sinn und Zweck des kollektiven Arbeitsrechts anerkennen wollen. Letzteres ist nur möglich durch Wiederanerkennung der früheren Auffassung, daß wirtschaftsfriedliche Verbände nicht als Gewerkschaften angesehen werden können.

Auch das Schlichtungswesen versagt seit Jahren vollkommen. Die Gewerkschaften haben wiederholt in Kundgebungen der letzten Zeit erklären müssen, daß sie an dem gegenwärtigen Schlichtungswesen keinerlei Interesse hätten, da es ausschließlich gegen die Arbeiterklasse gerichtet sei.

Der von Universitätsprofessor Dersch richtig bezeichnete Dreiklang von Tarifvertragsrecht, Berufsvereinsrecht und Schlichtungswesen als Grundpfeiler des kollektiven Arbeitsrechts tönt also gegenwärtig in vollständiger Disharmonie. Ihn wieder zu harmonischem Klingen zu bringen, ist Aufgabe der wirklichen Gewerkschaften.

Infolge der politischen Entwicklung sind hierbei aber Schwierigkeiten zu überwinden, die sich nicht nur in den vorstehend wiedergegebenen Disharmonien erschöpfen, sondern die auch weiter dadurch entstanden sind, daß die Kommunistische Partei Deutschlands sich als eine ihrer Agitationsabteilungen die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO.) angegliedert hat. Ebenso hat sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ebenfalls als Agitationsinstrument die Nationalsozialistische Betriebsorganisation (NSBO.) geschaffen, die denselben Aufgaben dienen soll wie die kommunistische RGO.

Gewerkschaften sind wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeiter, sie sind keine politischen Parteien. Die Gewerkschaften sind auch nicht deshalb politisch, weil sie die bestmögliche Regelung der Lohn-, Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sowie die Weiterentwicklung der Sozialversicherung und des Arbeiterschutzes erstreben und zu diesem Zweck auch auf die Regierung und die Parlamente einwirken. Ihrer Natur nach müssen die Gewerkschaften für Demokratie und Parlamentarismus eintreten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben müssen die Gewerkschaften von der Staatsgewalt unabhängig sein. Das gilt grundsätzlich gegenüber jeder Form der Staatsgewalt, denn nur unabhängige Gewerkschaften können ihre Aufgabe erfüllen. Diesen Grundsätzen entsprechen RGO. und NSBO. ebensowenig wie wirtschaftsfriedliche Verbände. Genau so wenig wie es dem Interesse der Arbeiterklasse dienen kann, wenn wirtschaftsfriedliche Verbände den wirklichen Kampf für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verschleiern, ebensowenig dient es der geschlossenen Kampfkraft der Arbeiterklasse gegenüber der Arbeitgeberklasse, wenn politische Parteien die Belegschaften unter dem Vorwand der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in zersplitterte politische Kämpfe hineinziehen, deren Ergebnis dann auch niemals eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern fast immer allein die Maßregelung eines Teils der Belegschaftsangehörigen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist. Es soll mit diesen Ausführungen keineswegs kritisch Stellung gegen irgendwelche politische Parteien genommen werden. Diesem Zweck sollen unsere Erörterungen nicht dienen. Zurückgewiesen werden muß dagegen sehr entschieden die Einmischung jeder politischen Partei in die gewerkschaftlichen Aufgaben. Würde die Gewerkschaftsarbeit in parteipolitische Kämpfe hineingezogen werden, dann wäre sie stets erfolglos.

Daher können weder NSBO. oder RGO. noch sonstige parteipolitische Gebilde, die sich als Gewerkschaften betätigen, als solche anerkannt werden. NSBO. und RGO. sind weiter nichts als Teile politischer Parteien, sie sind keine Gewerkschaften. Für die RGO. erkennt dies das Reichsarbeitsgericht ja auch in ständiger Rechtsprechung an. (Entscheidungen RAG. RB. 3/30, RAG. 508/29, RAG. RB. 85/31, RAG. RB. 19/32, RAG. RB. 60/32, RAG. RB. 61/32.) Die RGO. ist hiernach deshalb nicht tariffähig, weil sie sich nicht die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern den revolutionären politischen Kampf zur Aufgabe gestellt hat. Das gleiche gilt aber auch für die NSBO., worüber Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts noch nicht vorliegen.

Allen diesen Schwierigkeiten stehen gegenwärtig die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Gewerkschaften gegenüber. Wir haben eine Reichsregierung, die zwangsläufig den Gewerkschaften nicht günstig ist. Daneben tummeln sich dann noch die wirtschaftsfriedlichen Verbände.

Die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Gewerkschaften stehen vor einer gewaltigen Aufklärungsarbeit, bei der daher jede Romantik und jede Sentimentalität ausscheiden muß. Es handelt sich bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um nicht mehr und nicht weniger als das selbständige Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse bei der Rege-

lung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung. Nachdem die politische Macht der Arbeiterklasse gegenwärtig dadurch vollkommen ausgeschaltet ist, daß sich politische Parteien gebildet haben, die jede aufbauende politische Arbeit unmöglich machen, gilt es für die Gewerkschaftsmitglieder und die Gewerkschaften die fast übermenschliche Anstrengung zu machen, wenigstens die wirtschaftliche Einheit und Geschlossenheit zu bewahren. Nur wenn dies gelingt, werden wir aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten wieder herauskommen. Jedes Gewerkschaftsmitglied muß mehr denn je gegenwärtig ein überzeugter Kämpfer für seine Gewerkschaft sein. Anders ist ein Ausweg aus der Krise nicht möglich.

Die Gewerkschaften gegen den Göring-Erlaß

Der Kommissar des Reichs für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, hat an alle Polizeibehörden am 17. Februar einen Rund-erlaß über die „Förderung der nationalen Bewegung“ gerichtet. Der Erlaß, der unseren Lesern aus der Tagespresse bekannt ist, offenbart unzweideutig den Kurs, der jetzt im preußischen Ministerium des Innern herrscht. Der Bundesvorstand des ADGB. hat ihn daher zum Anlaß genommen, um an den Reichspräsidenten von Hindenburg das folgende Schreiben zu richten:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lenkt Ihre erste Aufmerksamkeit auf den Rund-erlaß an alle Polizeibehörden Preußens, den der von Ihrem Vertrauen in sein Amt berufene Kommissar des Reiches für das Preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, erlassen hat.

Dieser Erlaß schafft seiner ganzen Tendenz nach zweierlei Recht in Deutschland. Erstens ein Vorkaufsrecht für die Verbände, die nach der Meinung des Reichsministers Göring nationale Verbände sind, nämlich SA., SS. und Stahlhelm. Das gleiche Vorkaufsrecht gilt für die nationalen Parteien; unter letzteren sind offenbar ausschließlich jene Parteien zu verstehen, auf die sich die jetzige Regierung stützt. Zweitens ein Ausnahmerecht gegen jene Organisationen, die Herr Reichsminister Göring als staatsfeindliche Organisationen zu bezeichnen für gut findet, ohne daß er sich im übrigen der Mühe entzöge, näher darzulegen, was er darunter versteht. Der Hinweis, daß der Erlaß sich offenbar insbesondere „gegen kommunistische Terrorakte und Überfälle“ richten soll, kann um so weniger als eine Erläuterung gelten, als nur jene Bevölkerungsschichten, die der SA., der SS. und dem Stahlhelm nahesteht, als „nationale Bevölkerung“ anerkannt und des besonderen Schutzes der Polizei würdig befunden werden. Der Erlaß beschwört eine Rechtsunsicherheit von unabsehbaren Folgen herauf.

Wir erheben gegen diesen Erlaß, der weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben unserer Verfassung noch mit den Lebensformen eines Kulturvolkes zu vereinbaren ist, den schärfsten Protest. Wir legen Verwahrung ein gegen eine amtliche Anweisung, deren Sinn nicht anders gedeutet werden kann, als daß sie weite Schichten des Volkes zum Freiwillig politischer Willkür macht.

Wir wenden uns an Sie als Präsidenten des Deutschen Reiches, der berufen und gewillt ist, die Verfassung zu schützen. An Sie wenden wir uns als die deutsche Organisation, die in ihren Reihen die größte Anzahl Frontkämpfer vereinigt. Diese Millionen, unter denen sich Anhänger der verschiedensten politischen Parteien befinden, haben nicht im Weltkrieg für Deutschland gekämpft und geblutet, um sich 15 Jahre später von verantwortlichen Reichsstellen sagen zu lassen, daß sie nicht zu den „staatsaufbauenden Kräften“, daß sie nicht zur „nationalen Bevölkerung“ gehören. Niemand in Deutschland ist so hoch gestellt, daß er es wagen dürfte, die Kämpfer des Weltkrieges — gleichgültig, welcher politischen Partei sie angehören — und ihre Organisationen als Deutsche minderen Rechtes zu bezeichnen oder zu behandeln.

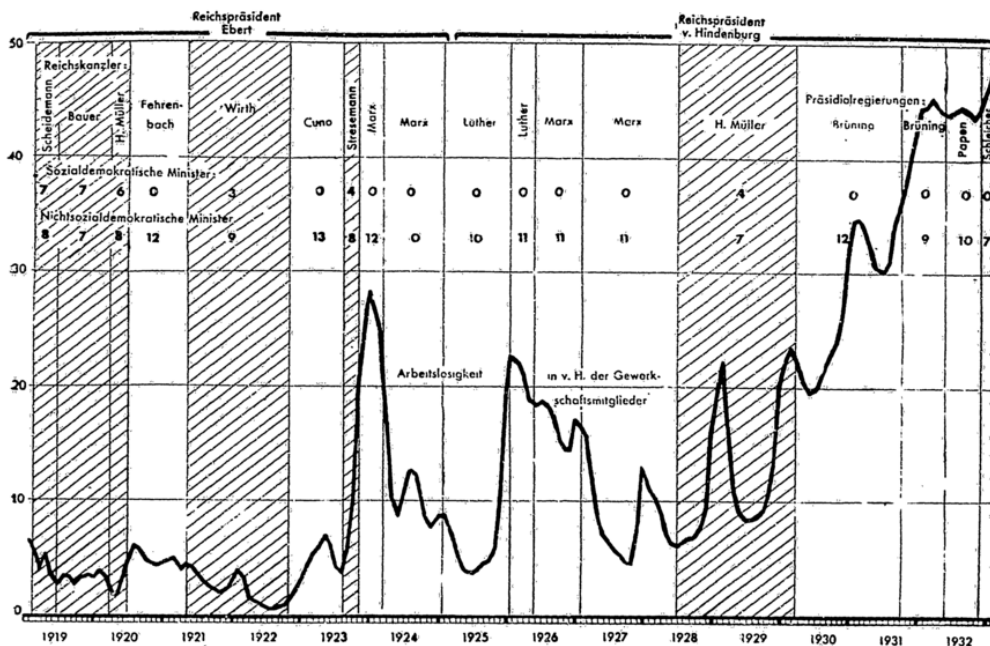
Wir bedauern, daß ein ehemaliger Frontoffizier, der es besser wissen müßte, den Geist der Frontkameradschaft gegenüber Hunderttausenden namenloser Kämpfer verleugnet, nur weil sie eine andere politische Überzeugung haben als er. Die gerechte Würdigung, die ein Frontoffizier wie Oberleutnant Duesterberg für seine Kameraden aus allen politischen Lagern gefunden hat, beweist, daß echter Frontgeist mit nationaler Überheblichkeit nichts gemein hat.

Wir hoffen und erwarten von Ihnen, Herr Reichspräsident, daß Sie als der militärische Führer im Weltkriege dieser Entehrung von Millionen Frontkämpfern mit allen Mitteln entgegenzutreten werden. Die Entehrung der Mehrheit des deutschen Volkes, die Gegner der jetzigen Regierung ist, bedeutet die tatsächliche Aufhebung der politischen Meinungsfreiheit wie der persönlichen Sicherheit in Deutschland, deren Schutz zu Ihren vornehmsten Aufgaben gehört.

In aufrichtiger Hochschätzung

P. Grafmann.

Wer hat 14 Jahre regiert? Wer trägt die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit?



Der Gegner behauptet:

Die „Marxisten“ haben 14 Jahre lang regiert.

Die Wahrheit ist:

1. Der Reichspräsident von 1919 bis Anfang 1925, also rund 6 Jahre, war der Sozialdemokrat Friedrich Ebert.
2. Reichspräsident von Frühjahr 1925 bis jetzt, also rund 8 Jahre, ist Herr von Hindenburg.
3. Von 1919 bis 1933 folgten einander 19 Regierungen. In nur 6 von diesen saßen „Marxisten“.
4. Von den 206 Reichsministern der Nachkriegszeit bis zu Schleichers Sturz stellten die „Marxisten“ 31 Minister, die nicht sozialdemokratischen Parteien dagegen 175.
5. In den 6 Regierungen, an denen „Marxisten“ beteiligt waren, hatten sie nie eine Mehrheit. Nur in der Regierung Bauer stellten sie 7 von 14 Ministern. In den anderen 5 Regierungen waren sie immer in der Minderheit.

Folgerung: Die „Marxisten“ brachten Arbeit und Brot. Was brachten die anderen?

Der Gegner behauptet:

Die „Marxisten“ haben in 14 Jahren „eine Armee von Millionen von Arbeitslosen geschaffen“.

Die Wahrheit ist:

1. Die deutsche Wirtschaft war durch den Weltkrieg völlig vernichtet. Die ersten Regierungen leisteten die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaus. Millionen Frontkämpfer aus allen Schichten des Volkes wurden wieder in die deutsche Arbeitsarmee eingereiht.
2. Unter der Rechtsregierung Cuno wurde Deutschland dem Abgrund der Inflation zugetrieben. Die Regierung Stresemann übernahm das furchtbare Erbe Cunos. In dieser Regierung wirkten sozialdemokratische Minister entscheidend an der Stabilisierung der Währung mit. Das letzte Kabinett, an dem 5 Jahre später die Sozialdemokraten teilnahmen, das Kabinett Hermann Müller, hat das Rheinland befreit. Seit dem Sturz dieser Regierung im Frühjahr 1930 geht der Kurs der Reichspolitik nach rechts. Die Beseitigung Brünings machte die Bahn frei für die Reaktion. Seit 1930 wächst die Armee der Arbeitslosen unaufhaltsam.

Jubilarehrung

Zwar ist die Zeit nicht dazu angetan, Feste zu feiern, doch fordern besondere Umstände auch einmal Ausnahmen. So die Meinung der Solinger Kollegen, die für den 18. d. M. nach dem Volkshause eingeladen hatten zur Ehrung ihres 1. Vorsitzenden Hermann Stracke.

Hermann, der 64jährige, genießt Achtung nicht nur in seinen Kollegenkreisen, sondern auch bei unseren Gegnern. Gleich ob „Hermann“ in der Versammlung loslegt und seine Mitglieder schüttelt (er führt ein strammes Regiment und will Ordnung haben in seinem Staate) oder ob er bei Verhandlungen den Standpunkt seiner Kollegen vertritt. Alle wissen, Stracke ist vom reinsten Idealismus beseelt, seine Taten sind echt, da kommt es nicht auf die Worte an. Hermann hat Lebenserfahrung, denn er hat die Welt bereist. Mit zwei Pfennigen in der Tasche begann seine Ausreise nach Brasilien, sein energischer Lebenswille hat ihm überall durchgeholfen, ob in Amerika oder in Indien. Und es muß schon wahr sein: „Wer die Freiheit kennen gelernt hat, der kämpft auch zu Hause um diese!“ So hielt es Hermann, seit er wieder in Deutschland sein Brot verdienen mußte. Kurz vor der Aussperrung kam er nach Solingen im Jahre 1906; es litt ihn nicht als Beitragszahler, er wollte mitgestalten am Verband und seinen Einrichtungen, er wollte Kämpfer sein für die Interessen des Proletariats. Ein außerordentlich qualifizierter Arbeiter im Gewerbe, war er auch zum Kämpfer für die Organisation geschaffen. Ihm schwebte die Betriebsdemokratie vor, in der auch der Mitarbeiter sein Veto einlegen kann. So sehen wir Stracke seit 1908 in Solingen immer in vorderster Linie mitstehend als Funktionär.

Dem Verdienste seine Krone! Hermann die Anerkennung für alle Mühen und Opfer! Der Dankesworte wurden viele gewechselt, sie alle klangen aus in dem Wunsche, daß es Stracke baldigt vergönnt sein möge, in dem ihm lieb gewordenen Berufe „wirken“ zu können.

Die Feier stand unter dem Motto: Dem Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr'.

Verlorene Mitgliedsbücher

Nachgenannte Mitgliedsbücher des Verbandes sind uns als verloren gemeldet:

- Angermann, Gerhard, Steindruck, Nr. 53.268.
- Braun, Mathias, Steindruck, Nr. 53.873.
- Meinert, Heinrich, Lithograph, Nr. 49.562.
- Schiemann, Carl, Steindruck, Nr. 52.365.

Wenn diese Mitgliedsbücher in einer Mitgliedschaft vorgelegt werden sollten, so sind die Inhaber dieser Bücher festzustellen und die Bücher einzuziehen und an uns einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

Aus französischen Schutzgebieten

Im Organ des Verbandes der Bucharbeiter von Frankreich meldet ein Kollege in den Tönen höchster Befriedigung aus Tunis (Nordafrika), daß die jahrelangen Bemühungen der Kollegen im Mutterland nun endlich von Erfolg gekrönt worden sind und daß zunächst wenigstens in diesem Schutzgebiete die Gewerkschaften die längst geforderte staatliche Anerkennung gefunden haben. Da nunmehr auch die Eingeborenen organisiert werden dürfen, wird ein starker Auftrieb in der Mitgliederzahl des Verbandes erwartet, wenn auch die Eingeborenen zunächst nur als Hilfsarbeiter in Frage kommen.

Verfallender Kapitalismus — Sozialistischer Wirtschafts-umbau

Das Graphische Kartell hatte für Dienstag, den 14. Februar 1933 die graphischen Arbeiter Frankfurt a. M. zu einer gemeinschaftlichen Versammlung eingeladen. Kollege Metz eröffnete die Versammlung, gedachte der im Laufe des letzten Jahres durch Mordbanditen umgebrachten Arbeiter und der vielen Opfer von Neunkirchen. Nach kurzen einleitenden Worten konnte Genosse Professor Nöltling das aktuelle Thema behandeln. Er führte aus:

Um die kranke deutsche Wirtschaft bemühen sich momentan mehrere Ärzte. Jeder einzelne glaubt, daß seine Heilmethode die richtige sei. Der eine will nach russischem Muster mit einem Vierjahresplan helfen, der zweite durch Autarkie, der dritte sagt, nur ein Sowjet-Deutschland kann uns retten und der vierte will mit einer Kampferspritze in Form von Steuergeschenken die privatkapitalistische Wirtschaft heilen. Wir als Arbeiter sagen, uns kann nur ein sozialistischer Wirtschaftsumbau helfen. Möge Herr Hitler noch sehr oft im Rundfunk seine Reden verkünden und mit Amen schließen, das deutsche Volk kann nur dadurch lernen. Noch ist bei der SA. der Traum der langen Messer keineswegs ausgeräumt. Noch glauben die Anhänger, daß nunmehr die Brechung der Zinsknechtschaft durchgeführt wird. Demonstrierend ziehen SA. und Studenten vor die Börsen. Ihre Rufe, Deutschland erwache und Juda verrecke,

tragen aber nur dazu bei, daß die Kurse und Zinssätze steigen. Für die Arbeitslosen will man sorgen, indem man aus dem freiwilligen Arbeitsdienst eine sogenannte Arbeitsdienstpflicht schaffen will, damit soll eine grandiose Streikbrecherarmee erzogen werden. In Deutschland besteht kein Arbeitermangel, sondern wir brauchen Arbeit für unsere Arbeitslosen. Die Siedlungspläne werden genau wie bei Brüning und Schleicher auf dem Papier stehen, aber nicht zur Durchführung gelangen. Von der unentgeltlichen Bodenenteignung werden wir bald nichts mehr hören. Auf die Worte: „14 Jahre Marxismus haben Deutschland zugrunde gerichtet“ paßt das Sprichwort: „Das kannst du deiner Großmama erzählen“. Wenn es in den verflochtenen 14 Jahren Marxismus gegeben hätte, dann wären Herrn Hitler und seiner NSDAP. nicht die unzähligen Millionen zugeflossen. Die ganze Mystik läßt uns kalt. Etwaige Erfolge können sie höchstensfalls aus dem Gemüsegarten Hugenbergs heraushehlen. Herr Hugenberg erklärt bereits, daß er den Wahlkampf nicht gewollt habe. Die zweite Heilmethode kann Deutschland als Verarbeitungsland, in dem ein 65-Millionen-Volk auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen ist, auch nicht helfen. Deutschland muß seine Fertigwaren im Ausland absetzen und darf man nicht denjenigen, der eine Apfelsine ißt, als Vaterlandsverräter bezeichnen. Jeder neunte Deutsche lebt heute vom Export. Die Ausfuhr ist von 2,9 Milliarden auf 2,1 Milliarden gesunken. Die Autarkiepläne führen Deutschland in ein aussichtsloses Chaos hinein. Es ist der Todeskampf des Kapitalismus eingetreten. Läßt sich nun ein

Sowjet-Deutschland schaffen? Nein, dieses System mag in Rußland gut sein, aber für Deutschland kann es keine Anwendung finden. In Rußland lebt man am Beginn des Maschinenzeitalters. Immer hat es in solcher Zeit keine Arbeitslosen gegeben. Der erste Fünfjahresplan galt der Auswirkung der Produktion, ob der zweite Fünfjahresplan gelingen wird, ist noch in Frage gestellt. Es soll sich keiner radikal nennen oder gebärden, der nie seine Nase in eine russische Handelsstatistik hineingesteckt hat. Auch die Kampferspritze der Steuergeschenke des Herrn v. Papen kann uns keine Besserung bringen, weil diese Summen in alle möglichen unsichtbaren Kanäle fließen, auf die das Reich keinen Einfluß hat. Wenn die erwartete Konjunktur aber nicht kommt, dann kann den Papenplan nur noch ein Inflationöchen retten, das aber in wenigen Tagen zu einer gewaltigen Inflation übergehen wird. Wir glauben nicht an das private Unternehmertum. Es ist vergeistert, veraltet und leidet an Arterienverkalkung. Wir brauchen nur an die leichtsinnige und verbrecherische Führung einer Reihe großer deutscher Unternehmungen zu denken. Der deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden, wenn die Banken und die sogenannte Schlüsselindustrie verstaatlicht werden. Es hat keinen Zweck, Gelder an die Instanzen zu geben, die ihren Laden heute oder morgen zumachen oder in der Wirtschaftsführung versagen. Das Subventionierungsprinzip überwachst heute die ganze Wirtschaft. Die Symptome der Belegung sind gelogen oder mikroskopisch klein. An Stelle der jetzigen Wirtschaft muß die Planwirtschaft treten. Das Ersatzunternehmertum muß eingeschaltet werden und eine öffentliche Arbeitsbeschaffung muß durchgeführt werden. Mit dem Plan der Sozialisierung soll aber nicht der Mittelstand, nicht der kleine Geschäftsmann, Friseur- oder Käseladen, getroffen werden. Nein, nur die großen Industriegruppen und das Bankwesen fallen darunter. Alle wirklich aufbauwilligen Kräfte werden bei der kommenden Wahl dazu beitragen, daß wir diesem Ziel näher kommen und die Gesundung der deutschen Wirtschaft erreichen.

An der Diskussion beteiligten sich sechs Kollegen, darunter vier Kommunisten, die wieder ihre Phrasenplatte herunterleierten. An Stelle einer Einheitsfrontbewegung haben sie ihre Dreckschleuder gegen die Gewerkschaftsbewegung und gegen die Partei gerichtet. Kollege Metz richtete zum

Schluß nochmals einen Appell an alle Anwesenden und betonte, daß bei der kommenden Betriebsrätewahl nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt und gewählt werden dürfen. Damit hatte die imposante Kundgebung ihr Ende gefunden.

Gr. Fr.

Köln hält Rück- und Ausblick

Am 10. Februar 1933 tagte im Volkshaus unsere Jahres-Generalversammlung. Kollege G. Kalker begrüßte mit dem Kampfruf „Freiheit“ die zahlreich Erschienenen. Die Versammlung erhrte hierauf die beiden Verbandsjubilare J. Niehoff (langjähriger Kassierer) und Heinrichs.

Dann hielt Kollege Bernd Hoffmann ein einstündiges Referat über die Weltwirtschaftslage. Er führte aus, daß das Jahr 1932 eine Entspannung bringen und die Krise beheben sollte. Wohl wäre in einigen Ländern eine kleine Besserung eingetreten, die zarten Ansätze seien aber im Herbst wieder vernichtet worden. Die politischen Wirren brachten Unordnung. Ein Lohndruck setzte ein und somit auch wieder Verminderung der Kaufkraft. Es zeigte sich, daß dort, wo die Arbeiter zahlreicher organisiert waren, dem Lohndruck mehr Widerstand entgegen gebracht wurde als da, wo die Arbeiter immer noch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben. Die Technisierung, die wohl in den Jahren 1924—1928 ihren Höhepunkt hatte, hat uns bis jetzt noch keinen Ausgleich gebracht. Absatzgebiete sind uns im und nach dem Kriege verloren gegangen. Ebenfalls bleiben die Rußlandaufträge wieder aus, da es Selbstverfertiger geworden ist. Eine größere Arbeitslosigkeit ist die Folge und auf der anderen Seite führt man neue Zölle ein. Was früher Arbeiterverrat war, ist heute soziale Errungenschaft.

Die Arbeiterschaft möge die Augen aufmachen und sich das heutige Wirtschaftsministerium ansehen, dann wird sie wohl wissen, was sie am 5. März zu wählen hat.

Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Der Vorsitzende gibt hierauf den Jahresbericht und läßt nochmals die Geschehnisse vom Jahre 1932 Revue passieren. Dank der Geschlossenheit der Kollegenschaft ist es den Unternehmern, gestützt auf eine reaktionäre Regierung, nicht gelungen, eine Bresche in unsere Organisation zu schlagen. Er hofft, daß das Jahr 1933 uns

sowie der gesamten Arbeiterschaft bessere Tage bringen möge. Anschließend gibt Kollege Niehoff den Kassenbericht, welcher in bester Ordnung war.

Die Neuwahl ergab die Wiederwahl fast der gesamten alten Verwaltung im Jahre 1932. Kollege Kalker dankte im Namen aller für das Vertrauen und wird sich die Verwaltung bemühen, auch im kommenden Jahr der Mitgliedschaft gerecht zu werden. Er appelliert an alle, in der kommenden schweren Zeit mitzuhelfen, um den Sieg zu erkämpfen.

Neue Schallplatten

Der Schallplatten-Volksverband hat drei neue Clangor-Doppelplatten aufgelegt, von denen zwei unter dem Rubrum „Meister der Musik“ und eine unter „Tanz, Tonfilm und Unterhaltungsmusik“ angeboten werden. Die Phantasie aus „Carmen“ in zwei Teilen ist in den Hauptthemen von Streichern der Berliner Staatsoper mit fülliger Klangwirkung gespielt. Die Beschwingtheit der „Carmen“-Musik schreitet noch immer stolz durch unsere Zeit. Musik fürs Gemüt sind Joseph Haydns „Menuett“ und „Scherzando“ aus dem Streichquartett Opus Nr. 3. Ein Quartett der Berliner Philharmoniker hat die ganze Süße dieser zwei für familiäre Zwecke komponierten Tanzschrittstücke auf die Platte gebannt. Das Bürgerlich-Behagliche der frühzeitlichen Musik Haydns, noch unbeschwert von seiner späteren sinfonischen Wucht, umfängt uns wie warmer Frühlingshauch. Diese Musik bietet noch immer Entspannung von den seelenlähmenden Aufregungen unserer zerpöckelten Zeitergebnisse. Von der dritten Doppelplatte mit dem Lied aus dem Zigeunerbaron „Wer uns getraut . . .“ und dem Karl Zellerröhen „Schenk mit sich Rosen in Tirol . . .“ braucht man nichts herzumachen. Wenn der Schallplatten-Volksverband heute noch solche dem Überdruß längst verfallenen Reißer für das „Volk“ für gut hält, dann bekommt man so seine Gedanken über musikerzieherische Bestrebungen von dieser Art. Obendrein scheint das Sängerpaar schlecht in Form gewesen zu sein, denn ständig viel zu hoch singen und mit der Stimme kippen, reizt das Ohr nicht zum Stillhören.

Die Carmen-Platte kostet 1,65 RM., die Haydn-Platte 1,15 RM. und die Platte aus der Unterhaltungsmusik 0,95 RM. beim Schallplatten-Volksverband Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 41-43.

Den Toten zum Gedächtnis!

1933.

† Am 13. Januar in Dresden **Richard Lippmann**, Steindruckere aus Dresden, 48 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetreten in Dresden am 2. Oktober 1927.

† Am 13. Januar in Dresden **Hermann Kaminsky**, Steindruckere aus Berlin, 71 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag, Invalide seit 5. Februar 1930. — Eingetreten in Dresden am 1. August 1884.

† Am 20. Januar in Leipzig **Richard Scheibe**, Lithograph aus Leipzig-Gohlis, 65 Jahre alt, an Herzschlag, Invalide seit 18. August 1929. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 20. Januar in Saalfeld a. d. Saale **Eduard Fickenwirth**, Steindruckere aus Großenhain i. Sa., 77 Jahre alt, an Hautleiden, Invalide seit 4. Februar 1930. — Eingetreten in Saalfeld a. d. S. am 6. April 1891.

† Am 20. Januar in Berlin **Fedor Grupe**, Lithograph aus Berlin, 57 Jahre alt, an Herzleiden, krank 4 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 2. November 1924.

† Am 22. Januar in Eßlingen a. N. **Wendelin Zach**, Steindruckere aus Augsburg, 26 Jahre alt, an Krebs (Fußoperation), krank 47 Wochen. — Eingetreten in Augsburg am 6. April 1924 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 16. Mai 1920).

† Am 24. Januar in Bietigheim i. Wittbg. **Ludwig Lorenz**, Formstechere aus Bammenthal i. Baden, 38 Jahre alt, an Magenkrebs, krank 27 Wochen und 2 Tage. — Eingetreten in Stuttgart am 29. April 1923 (vorher Mitglied im Bund der technischen Angestellten und Beamten seit 1. Mai 1922).

† Am 25. Januar in Berlin **Hermann Göppel**, Xylograph aus Stuttgart, 65 Jahre alt, an Zuckerkrankheit (Karbunkel-Operation), krank 1 Woche und 2 Tage. — Eingetreten in Berlin am 2. Januar 1921 (vorher Mitglied im Deutschen Xylographen-Verband seit 1. April 1904).

† Am 27. Januar in Stuttgart **Vinzenz Jehle**, Steindruckere aus Boltenbach Bez.-Amt Wolfach i. Baden, 69 Jahre alt, an Herzschlag, Invalide seit 1. März 1930. — Eingetreten in Stuttgart am 1. Januar 1893.

† Am 29. Januar in Görlitz i. Schl. **Max Ebner**, Steindruckere aus Neudorf, 35 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 3 Jahre. — Eingetreten in Görlitz i. Schl. am 13. April 1924 (vorher Mitglied im Verband der Bergarbeiter und im Baugewerksbund seit 6. Februar 1921).

† Am 2. Februar in Frankfurt a. M. **Gustav Stein**, Steindruckere aus Leipzig, 78 Jahre alt, an Blasenleiden, Invalide seit 18. Dezember 1919. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 1. Oktober 1888.

† Am 2. Februar in Leipzig **Artur Kunze**, Retuscheur aus Leipzig-Reudnitz, 29 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden. — Eingetreten in Leipzig am 30. März 1924.

† Am 4. Februar in Berlin **Karl Krause**, Steindruckere aus Halberstadt, 70 Jahre alt, an Grippe, Invalide seit 28. April 1929. — Eingetreten in Berlin am 21. Januar 1900.

† Am 4. Februar in Berlin **Otto Glückselig**, Steindruckere aus Berlin, 70 Jahre alt, an Herzschlag, Invalide seit 19. Juni 1929. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 9. Februar in Leipzig **Gustav Schebel**, Notenstechere aus Leipzig-Schönefeld, 77 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 8. Mai 1906. — Eingetreten in Leipzig am 27. Juni 1920 (vorher Mitglied im Notenstechere-Gehilfen-Verband seit 10. September 1881).

Ehre ihrem Andenken!

Zur gest. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets *sofort* Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Verbandsvorstand.**

BETRIEBSRÄTE! FUNKTIONÄRE!

Besonders wichtig ist die Anschaffung des Buches

Praxis des Arbeitsschutzes und der Gewerbehygiene

Herausgeber
HERMANN EIBEL
F. K. MEYER-BRODINITZ
LUDWIG PRELLER

Organ-Preis RM. 2,60

VERLAGSGESELLSCHAFT DES ADGB, BERLIN SW 19

Das Reklamekilische und seine Vorteile

Praktischer Ratgeber mit 48 illustriert. Beispielen aus der Kilische- und Drucktechnik.

VON HANS ECKSTEIN.

Aus dem Inhalt:
Die Wichtigkeit der Kilischees nebst den näheren Bezeichnungen / Die Unterschiede und der Werdegang des Holzschmittes, der Strichätzungen, Autotypen, Galvanos und Stereotypen. — Wie soll die Zeichnung für reproduktionszweck beschaffen sein? / Ihre Technik, praktische Maßangaben und dgl. Preis 3. RM. einschließlich Nachnahme. Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Scheudnitz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Grundlage sozialistische Bildung

ungebündelt Ausgabe 768 Seiten
Fanzelnenband
Org.-Preis: 2,50

VERLAGSGESELLSCHAFT DES ADGB, BERLIN SW 19